

Flüchtlingsströme

## Die Schweiz hat ein Eritrea-Problem

Zwei Möglichkeiten, den Flüchtlingsstrom aus Eritrea zu bremsen:

Entweder man trägt dazu bei, das Leben in Eritrea attraktiver zu machen, oder man macht die Flucht in die Schweiz unattraktiver.

---

**Gastkommentar** | von **Mathias Binswanger** | 21.9.2015, 19:14 Uhr | [24 Kommentare](#)

Nirgendwo trifft der Ausspruch «Krise als Chance» mehr zu als in der heutigen Asylpolitik. Krisenlagen in ärmeren Ländern werden für die Bevölkerung schnell zu einer Chance, als Asylsuchende endlich die Migration in ein ökonomisch besser funktionierendes Land zu schaffen. In der Schweiz liefern Eritreer das Paradebeispiel. Gerade sind die neuen Zahlen zu den Asylgesuchen im Monat August publiziert worden. Betrachten wir die gesamten bisherigen Asylgesuche des Jahres 2015, so sieht man, dass von den etwa 20 000 Gesuchen mehr als ein Drittel, nämlich 7540, aus Eritrea stammen, während aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Syrien «nur» 1463 Menschen ein Asylgesuch stellten. Die Zahl der eritreischen Asylbewerber von Januar bis August 2015 ist damit bereits höher als die knapp 7000 Asylgesuche des ganzen Jahres 2014, und es wird dieses Jahr einen neuen Rekord geben. Die Schweiz ist zum Haupteinwanderungsland für Eritreer geworden, welche fast im Alleingang für die Zunahme der Asylgesuche in den letzten Jahren sorgten.

Was genau ist aber die Krise in Eritrea? Ein diktatorisch regierender Präsident macht dort das Leben für viele Menschen unattraktiv. Dies betrifft vor allem den sogenannten «Nationaldienst», den alle Männer und unverheirateten Frauen als «Zwangsarbeit» absolvieren müssen. Obwohl der Dienst für den Staat auf 18 Monate beschränkt ist, verbringen nach Angaben der Organisation Human Rights Watch etliche Eritreer Jahre damit, gegen sehr geringe Bezahlung Arbeit in Verwaltung, Schulen, Spitälern oder Landwirtschaft zu erledigen. Dank der Möglichkeit des Asyls wird diese Krise jedoch zur Fluchtchance. Je schlimmer die Situation in Eritrea aussieht, umso leichter wird es, ein Asylgesuch in der Schweiz zu stellen, und umso mehr Menschen versuchen, ihr Land mit dem Endziel Schweiz zu verlassen.

Ausgelöst wurde der Boom vor allem durch den Entscheid der Asylrekurskommission von Ende 2005, wonach Militärdienstverweigerer in Eritrea als politisch verfolgt einzustufen sind und demzufolge Asyl erhalten. Zwar wurde in einer Referendumsabstimmung vom 9. Juni 2013 beschlossen, dass Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund anerkannt wird. Doch die Schweiz geht in Eritrea von einer Leib und Leben gefährdenden Bestrafung bei Verweigerung aus, so dass Wehrdienstverweigerer weiterhin Asyl erhalten. Und selbst wenn ein ausreichender Asylgrund nicht nachgewiesen werden kann, können Eritreer als vorläufig Aufgenommene auf jeden Fall bleiben.

Doch nicht nur die Asylsuchenden selber haben etwas von ihrer Flucht. Auch das dortige Regime bekommt seinen Anteil, indem es den Flüchtlingen in der Schweiz offenbar eine sogenannte «Diaspora-Steuer» abknöpft und auf diese Weise an den Flüchtlingen mitverdient. Und die ganze Massenemigration ist zu einem lukrativen Business geworden. Eine ganze Schlepperindustrie organisiert den Flüchtlingsstrom und verdient kräftig mit. Wo dermassen viele Menschen profitieren, ist es völlig illusorisch, davon auszugehen, dass der Strom von Asylbewerbern abreißen wird. Und je mehr Asylbewerber schon im Land sind, umso mehr werden noch zusätzlich kommen. Asylbewerber generieren weitere Asylbewerber, da man auch versucht, Familienangehörige oder Freunde nachzuziehen.

Aufgrund der gegebenen Anreizstrukturen besteht also weder ein Interesse an einer Änderung der Situation in Eritrea noch eines an der Schaffung von Transparenz. Würde der «Nationaldienst» in Eritrea abgeschafft, dann wäre es immer noch ein armes Land. Nur wäre dann kein Grund mehr vorhanden, in der Schweiz oder einem anderen Land Asyl zu beantragen. Also versuchen migrationswillige Eritreer, ihr Land möglichst als grausame Diktatur darzustellen, denn bleiben darf hier nur, wer vermeintlich an Leib und Leben durch eine staatliche Institution bedroht wird. Wie schlimm die Situation tatsächlich ist, kann offiziell jedoch schlichtweg nicht festgestellt werden. Dies zeigt der neueste vom Europäischen Asylunterstützungsbüro (EASO) publizierte Bericht im Juni 2015 einmal mehr deutlich auf.

Was kann man tun, wenn man der Meinung ist, dass der Zustrom Asylsuchender aus Eritrea eingedämmt werden soll? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man trägt dazu bei, das Leben in Eritrea

attraktiver zu machen, oder man macht die Flucht in die Schweiz unattraktiver. Ersteres wäre natürlich die beste Lösung, doch kurzfristig kann die Schweiz da wenig ausrichten. Also bleibt nur die Möglichkeit, die Flucht in die Schweiz unattraktiver zu machen. Alles, was es dazu braucht, ist eine etwas positivere Einschätzung der Situation in Eritrea, und schon wäre Militärdienstverweigerung kein ausreichender Grund mehr, um in der Schweiz Asyl zu bekommen. Ob eine solche Neueinschätzung tatsächlich vorgenommen wird, muss die Politik entscheiden.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.